



Wahlversprechen Klimawende

Klimaschutz ist bei allen Parteien in der Stadt Salzburg ein Thema. Den Wahlversprechen müssen aber auch Taten folgen.

HANS HOLZINGER

S Das Thema Klima- und Verkehrswende ist bei den wahlwerbenden Parteien der Stadt Salzburg angekommen. Diesen Eindruck konnte man bei einer Podiumsdiskussion der Bürgerinitiative „Platz für Salzburg“ in der Arge Kultur kürzlich gewinnen. Bis auf den Vertreter der FPÖ haben sich alle Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten – Florian Kreibich (ÖVP), Bernhard Auinger (SPÖ), Anna Schiester (Bürgerliste), Kay-Michael Dankl (KPÖ+), Lukas Rupsch (NEOS) und Christoph Ferch (Salz) – für eine Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt und eine Priorisierung des Öffentlichen, Rad- und Fußgängerverkehrs ausgesprochen. Der Bus soll überall den Vorrang vor dem Auto bekommen.

Überraschend war die Zustimmung aller mit Ausnahme der FPÖ zur Forderung, bis 2035 einen Radverkehrsanteil von mindestens 35 Prozent anzustreben – aktuell sind es 22 Prozent – und dafür ein Sonderbudget von 40 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Auch die Neutoursperre für Autos, eine Umlenkung der Reisebusse und die Einbindung der Bevölkerung bei Verkehrsplanung wurden begrüßt.

„Das Ergebnis und der Verlauf des Abends waren überraschend positiv und konstruktiv“, konstatiert der Moderator und langjährige Umweltjournalist Heinrich Breidenbach. „Ganz offensichtlich ist in die kommunale Politik durchgeschickert, dass es so nicht weiter gehen kann.“ Von der Zustimmung bei einer Diskussionsveranstaltung bis zur Umsetzung in die Realität bleibe freilich ein weiter Weg. Der Anschlag durch initiative Bürger und Bürgerinnen sei daher unabdingbar. Aber ein guter Anfang sei gemacht.

Ähnlich positiv war die Einschätzung der Bürgerinitiative „Platz für Salzburg“. Die Stadtpolitik habe eingesehen, dass ein Weiter-wie-bisher keine Option sei, sagte Roswitha Müller, eine der Sprecherinnen. „Die Bereitschaft sich gemeinsam den Herausforderungen zu stellen wurde betont und fußt auf einem Bewusstsein, dass eine Verkehrswende unabdingbar und schnell umgesetzt werden muss.“

Dass die Radwegeinfrastruktur weiter ausgebaut werden müsse, befürworteten auch in einer Umfrage der Radlobby Salzburg alle Parteien (von FPÖ und Salz gab es keine Antworten). Unterschiedlich fielen aber die Ausbauziele aus. Während Bürgerliste und KPÖ+ einen Radverkehrsanteil von 30 Prozent bis 2029, dem Ende der nächsten Legislaturperiode, anstreben, nannte die ÖVP die bisher in der Radverkehrsstrategie festgelegten 24 Prozent als Minimal-

ziel, die SPÖ 26 Prozent als machbar. Anders als in der öffentlichen Podiumsdiskussion waren hier die Aussagen zum Radbudget kontrovers. Während ÖVP und SPÖ die bisherigen zwei Millionen Euro pro Jahr für ausreichend befanden, schlägt KPÖ+ eine Verdoppelung, die Bürgerliste eine Erhöhung auf fünf Millionen Euro vor. Die Neos legten sich bei beiden Fragen auf keine Zahl fest.

Klimaschutz ist bei den Parteien der Stadt Salzburg angekommen, aber er wird unterschiedlich akzentuiert. Das zeigt auch eine Analyse der Wahlprogramme durch Scientists for Future Salzburg. Der Begriff „Klima“ kommt bei SPÖ und Bürgerliste mit 38 bzw. 29 Nennungen am häufigsten vor. Bei „Nachhaltig“ liegen ÖVP und Bürgerliste voran – beide beziehen sich auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2040. Schwerpunkt in allen Wahlprogrammen ist der Verkehr: Bei den Nennungen zum Öffentlichen Verkehr rangieren SPÖ und Bürgerliste vorne. Das Rad kommt bei der Bürgerliste am häufigsten vor, gefolgt von SPÖ und KPÖ+. Von der FPÖ der Stadt Salzburg gibt es kein Wahlprogramm.

In der Analyse von Scientists for Future heißt es: „Wie häufig umwelt- und klimarelevante Begriffe genannt werden, lässt zwar noch keine qualitativen Aussagen zu, zeigt aber Akzentuierungen der einzelnen Parteien auf.“ Auffällig sei, dass die ebenfalls klimarelevanten Bereiche Energie, Ernährung und Ressourcen wenig angesprochen werden. Im Bereich Erneuerbare Energie wird von der Bürgerliste am aktivsten eine verstärkte Rolle der Stadt eingefordert.

Aufschlussreich sind die Argumentationsweisen für Klimapolitik: Die ÖVP setzt vor allem auf neue Technologien und „Hausverstand“, „Selbstbeschränkung und Selbstgeißelung“ werden abgelehnt. Betont wird das Miteinander aller Verkehrsträger, auch Maßnahmen für den Straßenverkehr wie der Autobahnanschluss Hagenau werden genannt. Bei SPÖ und KPÖ+ wird Klimaschutz insbesondere mit sozialer Gerechtigkeit und Verbesserung der Luft- und Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen verbunden. Bei der Bürgerliste trägt bereits das erste Kapitel den Begriff „klimafitte Stadt“ im Titel. Höhere Lebensqualität für alle durch mehr Raum für Fußgänger, Fahrrad und Öffentlichen Verkehr stehen auch hier im Zentrum. Bei den Neos wird die Verkehrswende vor allem mit der Erhöhung der Lebensqualität und der Verringerung der Staus argumentiert. Die Liste SALZ/Ferch lehnt wie

die SPÖ den S-Link aufgrund zu hoher Kosten ab, alle anderen sind dafür. Einig ist man sich weitgehend, dass beim Wohnen im Bereich Leerstandsaktivierung und Nachverdichtung mehr geschehen müsse, um knappe Flächen besser zu nutzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Maßnahmen wie der Austausch von Ölheizungen sowie der Ausbau der Fotovoltaik und der ökologischen Fernwärme sind wohl ebenso zu erreichen wie die Forcierung der Wärmedämmung. Die größte Herausforderung in der Stadt Salzburg – zusammenhängend mit dem ganzen Zentralraum – liegt beim Verkehr. Ohne drastische Maßnahmen, den Individualverkehr von der Straße zu bringen, wird es nicht möglich sein, Klimaneutralität zu erreichen. Stau lässt sich am besten lösen, indem weniger Autos unterwegs sind. Begriffe wie das „Fließen des Verkehrs“ sowie ein „gleichberechtigtes Nebeneinander aller Verkehrsträger“ lassen übersehen, dass die Zurückdrängung des Autos in der Stadt nur mit einer Neuverteilung des knappen Raums zugunsten von Öffentlichem, Rad- und Fußgängerverkehr möglich ist.

Eine Gefahr der Verschleppung von Maßnahmen liegt in zwar ambitionierten, aber für die Politik weit entfernten Klimazielen. „Klimaziele sind als Richtschnur für die Transformation notwendig. Konsequenterweise müssen solche Ziele von konkreten Maßnahmen begleitet werden“, sagt Katharina Roggenhofer vom neugegründeten Klimainstitut Kontext. Oft würden jedoch gerade diese verbindlichen Maßnahmen verschleppt oder unverbindliche Ziele als Ausweichargument verwendet. Auch vergangene Erfolge würden manchmal vorgeschoben, um keine weiteren Maßnahmen setzen zu müssen.

Dass die Stadt Salzburg Klimaneutralität 2040 anpeile, dürfe nicht zum Aufschieben von Maßnahmen führen, lautet daher eine Warnung von Scientists for Future: „Klimapolitik muss ins Zentrum politischer Entscheidungen rücken. Ebenso wichtig wäre eine Evaluierung der Politik der letzten

Jahre sowie die permanente und kritische Begleitung der Maßnahmen der neuen Regierung. Denn: Den Wahlversprechen müssen Taten folgen.“



Hans Holzinger ist Nachhaltigkeits-experte, Autor und Mitglied von Scientists for Future. Er kandidiert bei der Gemeinderatswahl in Seekirchen für LeSe (Lebenswertes Seekirchen) auf dem 20. Listenplatz.